



Inhalt	Seite
GI Leitsätze	204
Haftung des Steuerberaters	205
– Verjährung des Schadenersatzanspruchs, § 68 StBerG – Entstehen der Steuerschuld, Schaden (OLG Düsseldorf Ur. v. 10.3.1988 – 18 U 199/87)	
Haftung des Steuerberaters	206
– Buchfälschungen des Mandanten – Prüfung der Inventurunterlagen – Anmerkung (OLG Hamburg Ur. v. 6.5.1988 – 8 U 171/84)	
Honoraranspruch des Steuerberaters	215
– Pauschalvereinbarung, § 14 StBGebV – Einbeziehung Allgemeiner Auftragsbedingungen, § 2 AGB-Gesetz – Anmerkung (OLG Hamm Ur. v. 22.6.1988 – 25 U 174/87)	
Haftung des Steuerberaters	217
– Prüfung eines Anlageprospektes (OLG Hamm Ur. v. 1.6.1988 – 25 U 256/86)	
Zurückbehaltungsrecht des Steuerberaters	219
– Originalunterlagen des Mandanten – Allgemeine Auftragsbedingungen der Steuerberater und Steuerbevollmächtigten – Anmerkung (LG Köln v. 27.10.1987 – 11 S 196/87)	

GI Leitsätze

Vertrag mit Sozietät, ausgeschiedener Sozios

1. Der mit einem der Sozietät angehörenden Rechtsanwalt geschlossene Treuhandvertrag ist im Zweifel mit allen der Sozietät angehörenden Anwälten geschlossen.
2. Vertragspartner ist auch der aus der Sozietät ausgeschiedene Rechtsanwalt, der es gestattet, daß sein Name in den Briefbögen der Anwaltspraxis weiterhin geführt ist. (BGH Ur.t.v. 10.3.1988 – III ZR 195/86, WM 1988, 986)

Anmerkung: Die Rechtsscheinhafung des ausgeschiedenen Sozios ist dann nicht gegeben, wenn der Mandant gewußt hat, daß der ausgeschiedene Sozios bei Abschluß des Mandatsvertrages aus der Sozietät bereits ausgeschieden war. Empfehlung: Will der ausgeschiedene Sozios für zukünftige Berufsversehen seiner Kollegen nicht in Anspruch genommen werden, andererseits weiterhin den Briefkopf „zieren“, sollte in einem Rundbrief dessen Ausscheiden angezeigt werden (vgl. BGH NJW 1982, 866).

Provisionen an Steuerberater, Verjährung d. Herausgabeanspruchs

1. Ein Steuerberater, der seinem Mandanten eine Beteiligung an einem Bauherrenmodell vermittelt, hat diesem die dafür erhaltene Provision auch dann gemäß § 667 BGB herauszugeben, wenn sie in die Form eines Honorars für Beratung und Prüfung gekleidet wird.
2. Die Verjährungsvorschrift gemäß § 68 StBerG betrifft nur Schadenersatzansprüche, nicht jedoch den Herausgabeanspruch gemäß §§ 675, 667 BGB. (OLG München Ur.t.v. 14.1.1988 – 19 U 4495/85 STEUER-TELEX-Kennziffer 3318)

Haftung des Steuerberaters, fehlerhafte Anlageberatung

Der Steuerberater haftet nicht wegen Verletzung der Aufklärungs- und Hinweispflicht aus dem Steuerberatungsvertrag, wenn der Verlust der Kapitaleinlage unstreitig auf den Unterschlagungen des Gesellschafter-Geschäftsführers der Treuhänderin beruht.

Die Aufklärungspflicht aus dem Steuerberatungsvertrag dient nicht dazu, den Mandanten auch vor Schäden durch unvorhersehbare strafbare Handlungen Dritter zu bewahren, die mit der **steuerlichen Konzeption** der Maßnahme in keinem Zusammenhang stehen.

(LG Köln Ur.t.v. 20.7.1988 – 24 O 608/87)

Anmerkung: Das Urteil des LG Köln befindet sich in Übereinstimmung mit dem Urteil des LG Koblenz vom 17.9.1984 – II O 659/83, GI 15/85.

Haftung des Notars, Erklärungen des Bürovorstehers

Der Notar haftet nicht für Verschulden von Hilfspersonen – ausgenommen „Vertreter im Amt“ –, sondern nur für eigenes Verschulden.

Eine falsche Auskunft des Bürovorstehers muß sich der Notar nach § 278 BGB nur dann anrechnen lassen, wenn er geduldet oder in sonstiger Weise schuldhaft ermöglicht hat, daß der Bürovorsteher an seiner Stelle Auskünfte erteilt.

(LG Duisburg Ur.t.v. 29.7.1988 – 3 O 534/87)

Haftung des Steuerberaters

- Verjährung des Schadenersatzanspruches, § 68 StBerG
 - Entstehen der Steuerschuld, Schaden
- (OLG Düsseldorf Urt. v. 10.3.1988 – 18 U 199/87)

Leitsatz (d. Verf.):

Wurde dem Mandanten zunächst eine Unbedenklichkeitsbescheinigung und damit eine Steuerbefreiung für die Grunderwerbsteuer erteilt, so entsteht die Steuerschuld und damit der Schaden erst, wenn die Frist von drei Jahren verstrichen ist, innerhalb der das Grundstück zu steuerbegünstigten Zwecken verwendet werden muß. Etwas anderes gilt dann, wenn der steuerbegünstigte Zweck bereits früher aufgegeben wurde.

Aus den Gründen:

Eine Verjährung des Anspruchs ist nicht eingetreten. Gemäß § 68 StBG verjährt der Schadenersatzanspruch gegen den Steuerberater in drei Jahren nach Entstehung des Anspruchs. Ein Schadenersatzanspruch setzt voraus, daß ein Schaden entstanden ist. Vorliegend wird die Steuerbelastung aus dem Bescheid vom 8.6.1986 als Schaden geltend gemacht. **Die Klageforderung kann also frühestens mit Entstehen dieser Steuerschuld verjähren.** Durchgeführt wurde eine Nachversteuerung gemäß § 3 Abs. 2 des Gesetzes, weil die KG die Voraussetzungen des § 1 Nr. 2 c für die beantragte Steuerbefreiung nicht erfüllt habe. Aufgrund der ausgestellten Unbedenklichkeitsbescheinigung vom 10.6.1981, die zwar für einen Antrag nach § 1 Nr. 1 a des Gesetzes aufgestellt war, aber nach Antragsumstellung gemäß Schreiben des Beklagten vom 26.10.1981 nicht widerrufen wurde, war aufgrund dieses Antrags und des Bescheids des Finanzamts die Klägerin von der Zahlung der Grunderwerbsteuer befreit unter der Voraussetzung, daß sie innerhalb von drei Jahren vom Tage der Ausstellung der Unbedenklichkeitsbescheinigung an das Grundstück zu dem genannten steuerbegünstigten Zweck verwenden werden. Andernfalls unterlag der Erwerbsvorgang gemäß § 3 Abs. 2 Nr. 2 nach Ablauf von drei Jahren nach Ausstellung der Unbedenklichkeitsbescheinigung der Grunderwerbsteuer, wobei auf diese Steuer der Zuschlag aus Abs. 5 zusätzlich zu entrichten war. Diese Nachsteuer entsteht erst mit Fristablauf, **die vorher erteilte Steuerbefreiung ist zwar materiell vorläufig, formell aber endgültig** (BFH, BStBl. 1970 II 389; Boruttau, Grunderwerbsteuer, 10. Aufl., S. 1895 Rdn. 1195, S. 1896 Rdn. 1200). Das bedeutet, daß die Steuerschuld der KG erst mit Ablauf des 10.6.1984 entstanden ist. Solange

die erteilte Steuerbefreiung steuerwirksam war, kann von einem Schaden der Klägerin, der im Wege eines Feststellungsbegehrens hätte verfolgt werden können, nicht gesprochen werden. Der Abschluß der Verträge vom 16.12.1981 ändert daran nichts. Denn trotz dieser Verträge bestand die **Möglichkeit**, bis zum Fristablauf einen der Befreiung entsprechenden Sachverhalt zu schaffen. Ein früheres Entstehen der Steuerschuld sieht das Gesetz in § 3 Abs. 4 vor: Wenn der steuerbegünstigte Zweck aufgegeben wird. Das setzt aber einen Sinneswandel des Antragstellers mit entsprechender Manifestation voraus. Davon kann hier nicht ausgegangen werden, da die KG von Anfang an aufgrund eines Irrtums einen steuer-schädlichen Weg beschritten hat.

Haftung des Steuerberaters

- Buchfälschungen des Mandanten
 - Prüfung der Inventurunterlagen
 - Anmerkung
- (OLG Hamburg Urt. v. 6.5.1988 – 8 U 171/84)

Leitsätze (d. Verf.):

1. Der Auftrag zur Erstellung des Jahresabschlusses verpflichtet nicht zur mengenmäßigen Ermittlung des Inventurbestandes.
2. Der Steuerberater kann auf die Vollständigkeit der Mandantenunterlagen und die Richtigkeit der Mandantenauskünfte vertrauen; dies gilt auch für dessen Angaben über den Umfang der Warenbestände und deren Bewertung.
3. Ist das Anwachsen der Warenvorräte, der Forderungen etc. auffällig, so hat der Steuerberater den Mandanten auf die aufgetretenen Zweifel hinzuweisen. Soll er dennoch die Bilanz auf der Grundlage der zur Verfügung gestellten Unterlagen erstellen, kann später gegen ihn nicht der Vorwurf pflichtwidrigen Verhaltens erhoben werden.
4. Die bedingte Inkaufnahme des Schadeneintritts durch den Steuerberater kann nicht angenommen werden, wenn der Mandant selbst durch gefälschte Unterlagen den fehlerhaften Jahresabschluß des Steuerberaters veranlaßt hat.

5. Der Mandant kann nicht durch fehlerhafte Bilanzen getäuscht werden, wenn er bzw. sein Vertreter die Unrichtigkeit der Bilanz kennt.
6. Steht ein vorsätzliches Verhalten des Mandanten einer fahrlässigen Pflichtverletzung des Steuerberaters gegenüber, so bleibt der Beitrag des Steuerberaters an der Schadenentstehung unberücksichtigt.

Aus den Gründen:

Der Steuerberater hatte für die D-KG und die Dr. K.-KG in den Jahren 1979 bis 1981 deren Jahresabschlüsse zu fertigen. Er versah die Bilanzen mit in etwa gleichlautenden Vermerken:

„Dieser Jahresabschluß wurde von mir aufgrund der Buchführung der Gesellschaft, der mir zur Verfügung gestellten Unterlagen und erteilten Auskünfte unter Beachtung der gesetzlichen und gesellschaftsrechtlichen Bestimmungen erstellt. Die Buchführung und die einzelnen Wertansätze habe ich pflichtgemäß geprüft mit der Einschränkung, daß ich die Prüfung des umfangreichen Warenbestandes auf Stichproben beschränkte. Einzelheiten ergeben sich aus den Bilanzerläuterungen.“

Über das Vermögen der Dr. K.-KG und der D-KG wurde 1982 und 1983 das Konkursverfahren eröffnet. Der Konkursverwalter der beiden Firmen nimmt den Steuerberater auf DM 900.000,- in Anspruch. Er trägt im wesentlichen vor, bei der Dr. K.-KG hätten sich Bilanzfälschungen in Millionenhöhe in der Position „Warenbestand, Roh- und Hilfs- und Betriebsstoffe“ herausgestellt. Die Inventurlisten seien so lange „nachgebessert worden“, bis die zum Bilanzausgleich erforderlichen Zahlen erreicht gewesen seien. Bei der D-KG sei parallel die Position „Forderungen an verbundene Unternehmen“ gestiegen.

Geschäftsführender Gesellschafter der D-KG war der Kaufmann T. Die D-KG war an der Dr. K.-KG beteiligt. Letztere war aufgrund einer Vereinbarung in allen wesentlichen Fragen von der D-KG abhängig. Der Kaufmann T. wurde durch das Landgericht Bielefeld rechtskräftig wegen der Verfälschung von Inventuren und Handelsbüchern verurteilt.

Daraus, daß der Beklagte es unterlassen hat, vor Aufstellung der Bilanzen der genannten Unternehmen die Original-Unterlagen einzusehen, den Bestand an Waren (bei der Dr. K.-KG) und an Forderungen (bei der D-KG) zu prüfen sowie letztere richtig zu bewerten, kann der Kläger Ansprüche wegen eines diesen Firmen erwachsenen Schadens nicht herleiten. Geht man entsprechend seinem Vortrag davon aus, daß die Bilanzen der

Firmen Dr. K.-KG und D-KG für die Jahre 1979, 1980 und 1981 auf gefälschten Unterlagen beruhten, eine bereits im Jahre 1979 bestehende Überschuldung entgegen der wahren wirtschaftlichen Lage dort keinen Niederschlag gefunden hatte und diesen Unternehmen infolgedessen ein die Klageforderung übersteigender Schaden entstanden ist, so rechtfertigen diese Umstände doch nicht den geltend gemachten Anspruch. Dieses würde vielmehr voraussetzen, daß der Beklagte bei der Aufstellung und Unterzeichnung der Jahresabschlüsse objektiv pflichtwidrig gehandelt hat (1.), der Pflichtenverstoß ihm auch subjektiv zuzurechnen ist (2.), sein Verhalten für die Entstehung des bei der Dr. K.-KG sowie der D-KG eingetretenen Schadens ursächlich war (3.), das Verschulden auf seiten der geschädigten Firmen nicht derart überwog, daß demgegenüber die Handlungsweise des Beklagten ihre Bedeutung verlor (4.), und ihm schließlich nicht die Einrede unzulässiger Rechtsübung zusteht (5.). An dieser Voraussetzung fehlt es.

1. Bei der Erstellung der Jahresabschlüsse für die Dr. K.-KG sowie die D-KG stützte sich der Beklagte auf die ihm zur Verfügung gestellten Inventurunterlagen dieser Unternehmen, die T. zuvor verfälscht hatte. Dieser hatte ihn nicht nur in seiner Eigenschaft als Geschäftsführer der D-KG mit der hier in Rede stehenden Tätigkeit beauftragt, sondern das zugleich auch für die Dr. K.-KG getan. Bei ihr bekleidete T. offiziell zwar weder die Stellung eines Gesellschafters noch die eines Geschäftsführers der Komplementär-GmbH, doch hatte er – wie auch der Zeuge Dr. K. bei seiner Vernehmung durch das Landgericht im einzelnen geschildert hat und wie sich des weiteren aus dem Urteil des Landgerichts Bielefeld vom 18.7.1986 ergibt – aufgrund der zwischen der D-KG und der Dr. K.-KG getroffenen Vereinbarung vom 30.3.1976 dort eine derart beherrschende Stellung inne, daß er angesichts der weitreichenden Zustimmungsabhängigkeit dieser Firma nicht nur faktisch, sondern auch rechtlich deren Geschäftsführern Weisungen erteilen konnte. In seinen Verantwortungsbereich fiel auch die Erstellung der Inventuren. Er war für den Beklagten der Vertreter der Auftraggeber und darüber hinaus als die auch für die Dr. K.-KG sachlich zuständige und zudem mit deren innerbetrieblichen Abläufen und Gegebenheiten bestens vertraute Persönlichkeit der Ansprechpartner.

Da dem Beklagten lediglich der Auftrag erteilt worden war, jeweils den Jahresabschluß zu erstellen, wäre er zur **mengenmäßigen Ermittlung der Inventurbestände** grundsätzlich nur verpflichtet gewesen, wenn das ausdrücklich vereinbart gewesen wäre. Das aber war auch nach dem Vortrag des Klägers nicht der Fall.

Eine Verpflichtung zur näheren **Überprüfung der Unterlagen** über den vorhandenen Warenbestand hätte des weiteren aber auch bestanden, wenn der Inhalt dieser Unterlagen offensichtlich mit den tatsächlichen Verhältnissen nicht in Einklang zu bringen gewesen wäre. Allgemein gilt indes für den Umfang der Sorgfaltspflichten des mit der Bilanzaufstellung beauftragten Steuerberaters, daß dieser auf die Vollständigkeit der Unterlagen und Auskünfte seines Mandanten vertrauen darf, soweit er keine Zweifel hat und Fehler für ihn nicht erkennbar sind (Späth, Die zivilrechtliche Haftung des Steuerberaters, 2. Aufl., 1979, Rdnr. 78 mit zahlreichen Nachweisen; Gräfe/Suhr, Die Haftung des Steuerberaters, 1978, S. 34 und 38). Hierunter fallen auch Angaben des Mandanten über den Umfang der Warenbestände und deren Bewertung (Gräfe/Suhr a.a.O. S. 34; OLG Nürnberg bei Messmer/Späth, Fragen der Berufshaftpflicht in DStR 1966, S. 191). Diese Risikoverteilung, die in Nr. 2 Abs. 3 und 4 der vom Beklagten verwendeten AGB ihren Niederschlag gefunden hat, beruht darauf, daß die mengenmäßige Erfassung und Zusammenstellung der Warenbestände ein interner Betriebsvorgang ist. Für die Vollständigkeit und Richtigkeit einer solchen Bestandsaufnahme muß der Mandant, der sie aus eigenem Miterleben kennt, eintreten, nicht hingegen der Steuerberater, der, wie auch hier der Fall, betriebsfremd ist (vgl. Späth a.a.O., Rdnr. 78 f.). Demgemäß trifft den Steuerberater grundsätzlich nicht die Pflicht, das ihm zur Verfügung gestellte betriebsbezogene Material auf dessen materielle Richtigkeit hin zu überprüfen. Vielmehr hat er es, wenn diesbezügliche Zweifelsfragen auftreten, daraufhin zu untersuchen, ob es für einen handels- und steuerrechtlichen Vorschriften entsprechenden Abschluß ausreicht (Gräfe/Suhr a.a.O. S. 38).

Tatsächlich bewegte sich das Anwachsen der Warenvorräte bei der Dr. K.-KG und entsprechend der Forderungen der D-KG in den Jahren 1979 bis 1981 in überaus auffälligen Größenordnungen. Wollte man aber aus diesem Umstand eine gesteigerte Aufklärungspflicht des Beklagten herleiten, so stellte sich als nächstes die Frage, ob er dieser Pflicht nicht dadurch hinreichend Rechnung getragen hat, daß er – wie er dem Zeugen Dr. K. auf Vorhalt nach dem 6. Dezember 1982 telefonisch bestätigt haben soll – seine Bedenken T. mitgeteilt und sich von diesem hat überzeugen lassen, daß es mit den Angaben seine Richtigkeit habe. Anerkanntermaßen erfüllt der Steuerberater als Ersteller der Bilanz seine Aufklärungspflicht dadurch, daß er seinen Auftraggeber auf die bei ihm aufgetretenen Zweifelsfragen hinweist (Gräfe/Suhr a.a.O. S. 39). Soll er sodann dennoch die Bilanz auf der Grundlage der zur Verfügung gestellten Unterlagen errichten, kann ihm jedenfalls der Auftraggeber wegen etwaiger Nachteile, die ihm gerade hieraus entstehen, späterhin keine

Vorwürfe machen (BGH in VersR 1965, 292 S. 294). Da die **Prüfungspflichten des Steuerberaters in erster Linie dem Interessenschutz seines Mandanten dienen**, geht es zu dessen Lasten, wenn er diesen Schutz durch falsche Angaben vorsätzlich zunichte macht (Gräfe/Suhr a.a.O. S. 36). Nähme man hingegen an, daß der Steuerberater nach einem folgenlosen Hinweis gleichwohl aus eigener Initiative weitere Ermittlungen anzustellen hätte, liefe das darauf hinaus, daß jener seinem Mandanten stets eine „Mindestunzuverlässigkeit“ (Späth a.a.O. Rdnr. 112), gegebenenfalls sogar „Mindestunglaublichkeit“ unterstellen müsse. Dies aber ist bei einem Vertrag, in dessen Rahmen beide Parteien einander zu loyalen Verhalten verpflichtet sind (Späth a.a.O. Rdnr. 79), nicht angängig. Es würde die dem Vertragsverhältnis innewohnende Pflicht des Mandanten zur Unterstützung des (betriebsfremden) Steuerberaters unberücksichtigt lassen und zugleich den vertraglichen Pflichtenkreis des Steuerberaters, der dann – ohne entsprechenden Auftrag und ohne Entgelt – eine Art „Unterschlagungsprüfung“ durchzuführen hätte (Späth a.a.O. Rdn. 313), sprengen.

Gemessen an den Sorgfaltsanforderungen, die für den mit der Bilanzerstellung betrauten Steuerberater gemeinhin gelten, ist ein objektiver Pflichtenverstoß des Beklagten bei der Zusammenstellung des Zahlenwerks in den Jahresabschlüssen mithin nicht festzustellen.

Ob der Beklagte den Abschlüssen auch die erwähnten **Vermerke über eine pflichtgemäße Prüfung** der einzelnen Wertansätze beifügen durfte, ist eine andere Frage. Soweit er geltend gemacht hat, sie dürften nicht gesondert betrachtet werden, da er in ihnen jeweils auf die Bilanzerläuterungen oder seinen schriftlichen Bericht verwiesen habe, vermag ihm der Senat nicht zu folgen; denn aus ihnen ergibt sich nicht mit hinreichender Deutlichkeit, unter welchen Einschränkungen Umfang und Tätigkeit seiner Arbeiten gestanden haben. Insbesondere gilt das für die wertmäßige Prüfung der der D-KG gegen die Dr. K.-KG zustehenden Forderungen. Mithin bestehen insoweit ernsthafte Zweifel, ob der Beklagte seine Pflichten als Steuerberater ordnungsgemäß erfüllt hat, doch kann das letztlich dahinstehen.

2. Es kann nämlich nicht festgestellt werden, daß der Beklagte – soweit er objektiv pflichtwidrig gehandelt haben sollte – den der Dr. K.-KG und D-KG entstandenen Schaden mindestens bedingt vorsätzlich herbeigeführt, d. h. den Erfolg seiner objektiv nicht zutreffenden Erklärungen vorausgesehen und in seinen Willen aufgenommen hat.

Soweit sich der Bundesgerichtshof in den vergangenen Jahren mit derartigen Fragen zu befassen hatte und Ausführungen darüber

gemacht hat, welche subjektiven Anforderungen an die Sorgfaltspflicht des Steuerberaters zu stellen sind, lagen den ergangenen Entscheidungen Fälle zugrunde, bei denen nicht der Vertragspartner des Steuerberaters, sondern ein Dritter Ansprüche an diesen gestellt hatte: Im Urteil vom 17.9.1985 – VI ZR 73/84 GI 43/85 = NJW 1985, 180 = EWiR § 675 BGB, 5/95 (Gräfe) – ging es um falsche Angaben, die ein für ein Unternehmen tätiger Steuerbevollmächtigter über dieses einem Geldgeber gegenüber gemacht hatte. Der Bundesgerichtshof hat in Übereinstimmung mit den Vorinstanzen vertragliche Ansprüche verneint, die Sache jedoch wegen einer möglicherweise bestehenden deliktischen Haftung aufgrund des § 826 BGB zurückverwiesen. Er hat in diesem Zusammenhang ausgeführt, es habe sich dem Steuerbevollmächtigten bei der Abfassung seines Schreibens an den Darlehensgeber möglicherweise aufdrängen müssen, daß ein bestimmter in den Umsatz eingerechneter Betrag nicht habe zutreffen können. In dem in der Entscheidung vom 26.11.1986 – IVa ZR 86/85 – (abgedruckt in WM 87 S. 257 = GI 1987, 27 = EWiR § 826 BGB, 2/87, 591 (Gräfe) behandelten Fall hatte die betreuende Steuerberatersozietät einen von ihr erstellten Zwischenabschlußvermerk mit der Schlußbemerkung versehen, „Ich erstatte diesen Bericht aufgrund der vorgelegten Bücher und Unterlagen sowie der mir erteilten Auskünfte und gegebenen Nachweise nach bestem Wissen und Gewissen“, obgleich sie nach ihrem eigenen Vorbringen wußte, daß die Buchführung schwere Mängel aufwies. Hier hat der Bundesgerichtshof es für erheblich gehalten, welche Vorstellung sich die Steuerberatersozietät bei der Abfassung ihres Vermerks gemacht hatte, und demgemäß die Sache zur weiteren Aufklärung zurückverwiesen.

Beide Fälle sind indes mit dem vorliegenden insoweit nicht zu vergleichen, als es um den beiden Firmen Dr. K.-KG und D.-KG entstandenen Schaden geht: Bei ihnen war Gegenstand die Schadenersatzpflicht Dritten gegenüber aufgrund leichtfertig gemachter falscher Angaben (§ 826 BGB), und der Bundesgerichtshof hat mit Recht darauf hingewiesen, daß es für den Schädigungsvorsatz ausreiche, wenn die Verfasser entsprechender Erklärungen sich vorstellten, diese könnten bei Kreditverhandlungen mit einem Geldgeber verwandt werden und ihn zu einer ihm nachteiligen Disposition veranlassen. **Anders** liegt es jedoch dann, **wenn nicht ein Außenstehender Opfer derartiger Erklärungen wird, sondern diese lediglich dem Auftraggeber gegenüber abgegeben werden, der selbst die falschen Unterlagen, auf denen sie beruhen, zur Verfügung gestellt und damit diese Erklärungen selbst veranlaßt hat.** In einem solchen Fall kann schwerlich angenommen werden, daß der Erklärende einen Schadeneintritt bei seinem Partner in seine Überlegungen einbezogen hat.

Keiner der neben T. tätigen Gesellschafter oder Geschäftsführer hat zum Ausdruck gebracht, daß die angegebenen Waren- oder Forderungsbestände mit den tatsächlich vorhandenen nicht übereinstimmen konnten. Soweit der Kläger vorgetragen hat, im Herbst 1981 habe der bei der Dr. K.-KG tätige Geschäftsführer R. die Bilanzfälschung bezüglich des Warenlagers bemerkt, läßt sich nicht zwingend folgern, dasselbe müsse auch für den Beklagten gelten; denn einmal mußte R. als Geschäftsführer mit den Firmen-Interna besser vertraut gewesen sein als der Beklagte, und zum anderen kann nicht außer acht gelassen werden, daß auch er damals keine Einwände erhoben hat. Bei dieser Sachlage kann nicht davon ausgegangen werden, daß sich die von T. vorgenommenen Fälschungen dem Beklagten haben aufdrängen müssen. Dafür, daß er etwa mit T. gemeinsame Sache gemacht hätte, hat weder der Kläger Tatsachen vorgetragen, noch bestehen insofern irgendwelche Anhaltspunkte.

Ob der Beklagte **fahrlässig** seine Pflichten als Steuerberater verletzt hat, kann offenbleiben; denn im Hinblick auf die den geschädigten Firmen selbst zuzurechnenden Täuschungshandlungen T. würde eine fahrlässige Handlungsweise des Beklagten – wie unter Ziffer 4 noch ausgeführt wird – nicht ins Gewicht fallen.

3. Auch die **Kausalität** der Handlungsweise des Beklagten für den bei der Dr. K.-KG und D-KG eingetretenen Schaden ist nicht erkennbar: Die Auftraggeber des Beklagten, die Dr. K.-KG und D-KG, sind durch die Bilanzen und den ihnen jeweils beigefügten Vermerk des Beklagten nicht getäuscht worden; denn der sie vertretende T. wußte, daß ihr Inhalt nicht der Wahrheit entsprach. Diese Kenntnis mußten sich die geschädigten Firmen zurechnen lassen. Machten sie trotzdem auf eine Weise, die allein auf ihren Entschlüssen beruhte, von den Jahresabschlüssen Gebrauch, kann deren Anfertigung durch den Beklagten nicht mehr als Ursache eines durch dieses Gebrauchmachen entstandenen Schadens angesehen werden.
4. Ferner steht einer Inanspruchnahme des Beklagten auch § 254 BGB entgegen. Diese Bestimmung beschränkt die Ersatzpflicht des Schädigers, wenn bei der Entstehung des Schadens ein **Verschulden des Geschädigten**, hier also der Dr. K.-KG und der D-KG, mitgewirkt hat. Beide vertrat, wie im einzelnen ausgeführt worden ist, dem Beklagten gegenüber jeweils T., der in Ausführung seiner Obliegenheiten handelte. Für sein Tun haben die Gesellschaften einzustehen; denn er war ihr Vertreter im Sinne von § 31 BGB, der auf die Kommanditgesellschaft entsprechende Anwendung findet (Palandt, 47. Aufl., 1988,

Anm. 1c zu § 31 BGB; BGH in NJW 1952, 537 S. 538). Daß T. weder Gesellschafter noch Geschäftsführer der Dr. K.-KG und deren Komplementär-GmbH war, steht für sich der Anwendung des § 31 BGB nicht entgegen; denn nach allgemeiner Auffassung ist Organ im Sinne dieser Vorschrift jeder, dem durch die allgemeine Betriebsregelung und Handhabung bedeutsame wesensmäßige Funktionen der juristischen Person zur selbständigen eigenverantwortlichen Erfüllung zugewiesen sind und der die juristische Person insoweit repräsentiert (Palandt a.a.O., Anm. 2b zu § 31 BGB; BGHZ 49, 19 S. 21). Das war bei T. der Fall. Er war für die Jahresabschlüsse und in diesem Rahmen für die Inventuren zuständig: Dieser Bereich war seiner Verantwortung übertragen, und er hatte die vollständige Verfügungsgewalt über die entsprechenden Unterlagen. In dieser seiner Eigenschaft verfälschte er die Inventurunterlagen über die Warenvorräte, die dem Beklagten zur Durchführung seiner Aufgaben zur Verfügung gestellt wurden. Hierbei setzte er vorsätzlich, d. h. bewußt und gewollt, die Ursache für die Fehlerhaftigkeit der Abschlüsse.

Wägt man das Verschulden T. auf der einen Seite, das des Beklagten auf der anderen unter dem Gesichtspunkt des § 254 BGB gegeneinander ab, führt das dazu, daß eine Schadenersatzpflicht des Beklagten entfällt. Der Bundesgerichtshof hat wiederholt ausgesprochen, daß bei einem Zusammenwirken einer vorsätzlichen Schädigung und eines fahrlässigen Verhaltens des Geschädigten dessen Beitrag an der Schadenentstehung grundsätzlich unberücksichtigt zu bleiben hat (BGH in NJW 1984, 921 S. 922 mit der dort angeführten Rechtsprechung). Das muß in gleichem Maße für den Fall gelten, daß dem aufgrund eigenen vorsätzlichen Verhaltens Geschädigten eine Fahrlässigkeit des Beteiligten gegenübersteht (so OLG Hamburg, Der Steuerberater 1982, S. 200 = GI 11/82); denn es würde in hohem Grade Treu und Glauben widersprechen, **wenn der durch eigenes vorsätzliches Verhalten herbeigeführte Schaden** deshalb sollte auf einen Dritten **abgewälzt werden können**, weil dieser ihn fahrlässig nicht erkannt und deshalb den Schadenverursacher nicht ausdrücklich darauf hingewiesen hat.

Soweit der Kläger aus dem von ihm zitierten BGH-Urteil vom 18.2.1987 herleitet, daß § 254 BGB einer Inanspruchnahme des Beklagten nicht entgegenstehe und das damit begründet, dort habe der Bundesgerichtshof eine Haftung des beklagten Steuerberaters bejaht, ohne auf das beiderseitige Verschulden an der Erstellung der Bilanz einzugehen, verkennt er, daß bei der dortigen Konstellation hierzu auch kein Anlaß bestanden hatte: Einmal läßt sich schon dem Tatbestand dieses Urteils ein Mitverschulden der Gemeinschuldnerin nicht entnehmen, und zum anderen handelte es sich dort nicht um einen Fall, bei dem die Gemeinschuldnerin den Steuerberater bewußt getäuscht hatte.

Zu einer anderen Betrachtungsweise vermag der Senat auch nicht unter dem vom Kläger betonten Gesichtswinkel zu gelangen, es gehöre auch zu den Aufgaben des beauftragten Steuerberaters, im Betrieb seines Auftraggebers vorkommende Organfehler aufzudecken; denn auch in diesem Fall steht dem (nur) fahrlässigen Verhalten des Beklagten ein vorsätzliches Handeln gegenüber, welches die Dr. K-KG und die D-KG als seine Auftraggeber sich zurechnen lassen müssen.

5. Letztlich kann der Beklagte dem Kläger den **Einwand unzulässiger Rechtsausübung** entgegenhalten, da T., dessen Handeln sowohl der D-KG als auch der Dr. K-KG als deren eigenes zuzurechnen ist, willentlich die Situation geschaffen hat, aus der heraus sich dann die Schadenentstehung entwickelte (MünchKomm., 2. Aufl., 1985, Rdnr. 271 zu § 242 BGB).

Anmerkung:

Das Urteil des OLG Hamburg bestätigt die Judikatur zur Abgrenzung der Verantwortungsbereiche zwischen dem die Bilanz erstellenden Steuerberater und seinem Mandanten. Der nicht seltene Vorwurf, der Steuerberater habe Buchfälschungen bzw. Unterschlagungshandlungen im Betrieb des Mandanten entdecken müssen, ist nur in Ausnahmefällen berechtigt.

Denn Grundlage jeder Bilanzerstellung ist das Ergebnis der Buchführung des Mandanten und sämtliche von ihm gegebenen Informationen (BGH DStR 1965, 442 = VersR 1965, 294). Der Steuerberater kann auf die Richtigkeit und Vollständigkeit der Auskünfte vertrauen. Hat er aber Anlaß zu Zweifeln oder sind Fehler für ihn erkennbar, so muß er sich zu Wort melden. Der Steuerberater ist kein Kontrollorgan des Unternehmens seines Mandanten. Er genügt seiner Pflicht, wenn er feststellt, daß die ihm übergebenen Unterlagen formell ordnungsgemäß sind. Deren materielle Richtigkeit kann er unterstellen. Er muß nicht hinter jedem Buchstaben eine Fälschung und hinter jeder Zahl eine „Rasur“ wittern.

Auf der Linie des Urteils des OLG Hamburg liegen auch die Entscheidungen der Oberlandesgerichte Koblenz und Celle, wonach die Erstellung der körperlichen Bestandsaufnahme – Inventur – Aufgabe des Mandanten ist. Hierdurch wird deutlich, daß dementsprechend auch keine Verpflichtung des Steuerberaters besteht. Ermittlungen oder Prüfungen darüber anzustellen, ob die ihm vom Mandanten übergebenen Inventurunterlagen und die anschließenden Auskünfte richtig sind (OLG Celle Stbg. 1986, 276; OLG Koblenz DStR 1972, 413; BGH NJW 1985, 1154; von Westfalen EWIR § 675 BGB 5/85, 759).

Honoraranspruch des Steuerberaters

- Pauschalvereinbarung, § 14 StBGebV
 - Einbeziehung Allgemeiner Auftragsbedingungen, § 2 AGB-Gesetz
 - Anmerkung
- (OLG Hamm Urt. v. 22.6.1988 – 25 U 174/87)

Leitsätze (d. Verf.):

1. Die wirksame Vereinbarung einer Pauschalvereinbarung für Steuerberatungstätigkeit – hier: Jahresabschluß und Steuererklärungen – setzt voraus, daß diese schriftlich und für einen Zeitraum von mindestens einem Jahr getroffen wird (§ 14 StBGebV).
2. Die wirksame Vereinbarung Allgemeiner Auftragsbedingungen setzt deren Einbeziehung bei Abschluß des Steuerberatungsvertrages voraus. Auch bei einem Dauermandat reicht die Beifügung der Auftragsbedingungen zu den Prüfungsberichten nicht aus.

Aus den Gründen:

Die Steuerberatergebührenverordnung ist auch für den Kläger, der Wirtschaftsprüfer und Steuerberater ist, maßgeblich. Die allgemeinen Auftragsbedingungen für Wirtschaftsprüfer sind nicht wirksam vereinbart worden. Dazu wäre es erforderlich, daß die allgemeinen Auftragsbedingungen für Wirtschaftsprüfer bei Abschluß des Vertrages einbezogen worden sind. Eine solche Einbeziehung liegt aber nicht vor. Denn die allgemeinen Auftragsbedingungen für Steuerberater sind jeweils nur den Prüfungsberichten als Anlage beigefügt worden. Das reicht aber auch bei einem Dauermandat nicht aus (so BGH in WM 83, 35, 41; Beise in BB 79, 352; Großkommentär zum AGBG Band III 59.2).

Wirtschaftsprüfer haben bei gleichzeitiger Berufsqualifikation als Steuerberater die StBGebVO als berufsrechtliche Vorschrift zu beachten (§ 64 StBG, Bonner Handbuch Teil E Rnote 0125). Ist eine ausdrückliche Honorarvereinbarung gemäß § 4 StBGebVO getroffen, haben sie für ihre Steuerberatungstätigkeit das Honorar nach der StBGebVO anzusetzen. Sie haben insoweit kein Wahlrecht (Bonner Handbuch a.a.O.). § 64 StBG bindet die Steuerberater an die Steuerberatergebührenverordnung.

Die vom Kläger ... vorgeschlagene Pauschale ... betrifft überwiegend Steuerberatungstätigkeit (auch die Jahresabschlußarbeiten gehören zu den typischen Leistungen eines Steuerberaters), die unter das Schriftlichkeitserfordernis des § 14 StBGebVO fallen. Eine Teilwirksamkeit kann von den Parteien, da die Pauschale nicht aufgespalten werden kann, nicht gewollt gewesen sein.

Mangels Wirksamkeit einer Pauschalvereinbarung und wegen Bindung des Klägers an die StBGebVO kann er deshalb nur nach der StBGebVO abrechnen.

Eine Zeitgebühr steht ihm neben den Wertgebühren nicht zu. Soweit der Kläger sonstige Beratungstätigkeit in der Rechnung vom 20.11.1986 mit insgesamt 600,- DM in Ansatz gebracht hat, hat er nicht dargelegt, welche Tätigkeit er im einzelnen erbracht hat. Die vorgelegte Stunden-Zusammenstellung ist bestritten... Der Kläger muß insoweit deshalb als beweisfällig angesehen werden.

Anmerkung:

Die wirksame Vereinbarung Allgemeiner Auftragsbedingungen setzt gem. § 2 AGB-Gesetz voraus, daß der Mandant bei Abschluß des Steuerberatungsvertrages **auf die Allgemeinen Auftragsbedingungen hingewiesen** wird. Der Text muß dem Mandanten bekanntgemacht werden, damit er in der Lage ist, von dem Inhalt der AGB Kenntnis zu nehmen (vgl. OLG Frankfurt MitBl. WPK Nr. 86, 11).

Die AGB sollten deshalb dem Steuerberatungsvertrag grundsätzlich beigelegt werden.

Nicht ausreichend ist die gelegentlich auf **Briefbögen** anzutreffende Haftungsbeschränkung, z.B. für telefonische oder mündliche Auskünfte.

Wurde der Steuerberatungsvertrag bereits begründet, ohne daß die AGB einbezogen wurden, so kann eine **nachträgliche Vereinbarung** derselben nur im Wege einer Vertragsänderung wirksam vereinbart werden (§ 305 BGB). Voraussetzung ist, daß an den Mandanten ein entsprechender Antrag auf Abänderung des Vertrages gestellt wird. Der Mandant muß diesen Antrag annehmen. Die häufig anzutreffende bloße Beifügung Allgemeiner Auftragsbedingungen zum Prüfungsbericht kann nicht ausreichen. Die Entscheidung des OLG Hamm stimmt mit der Auffassung des BGH überein (GI 5/83 = WM 1983, 41 = NJW 1983, 1053 = BB 1983, 85 = DB 1983, 279).

Bei einem **stillschweigenden Auskunftsvertrag mit einer Bank oder einem Lieferanten des Mandanten** können Allgemeine Auftragsbedingungen auch ohne ausdrücklichen Hinweis stillschweigend einbezogen werden. Voraussetzung: die AGB sind branchenüblich und der Vertragspartner branchenkundig (vgl. Staudinger-Schlosser § 2, 51; Ulmer-Brandner-Hensen § 2, 80, 83 a. A. Loewe/Graf v. Westphalen/Trinkner § 2, 32). Bei Wirtschaftsprüfern wird man die Branchenüblichkeit der Allgemeinen Auftragsbedingungen bejahen müssen (vgl. Ebke JZ 1986, 1115). Die Branchenkundigkeit der Banken dürfte ebenfalls zu bejahen sein. Bei Lieferanten des Mandanten muß eine Prüfung im Einzelfall erfolgen (vgl. Ebke JZ 1986, 1115).

Haben Steuerberater und Mandant einen **Dritten in den Schutzbereich des Steuerberatungsvertrages einbezogen**, so gelten die Modifikationen in den wirksam einbezogenen Allgemeinen Auftragsbedingungen auch dem Dritten gegenüber. Andernfalls würde der Dritte im Schadenfall besser stehen als der Mandant (Brandner ZIP 1984, 1193; Ulmer-Brandner-Hensen § 2, 69; Hopt Festschrift Pleyer, 368).

Haftung des Steuerberaters

– Prüfung eines Anlageprospektes

(OLG Hamm Ur. v. 1.6.1988 – 25 U 256/86)

Leitsätze (d. Verf.):

1. Wird einem Steuerberater ein Anlageprospekt zur Prüfung vorgelegt, so ist ihm eine spätere Abweichung der anerkannten Werbungskosten unter 10 % nicht anzulasten.
2. Der Steuerberater ist nicht für die Durchführung einer steuersparenden Anlage verantwortlich. Er genügt seiner Hinweispflicht, daß für den Werbungskostenabzug 1979 die notwendigen Erwerbsvoraussetzungen auch 1979 geschaffen werden müssen.

Aus den Gründen:

Soweit die Klägerin die Beklagte dafür verantwortlich macht, daß die ihr zugeflossenen Werbungskosten aus dem Erwerb dieser Anlage im Bauherrenmodell entgegen der Ankündigung im Prospekt nicht 117.000,- DM, sondern nach Prüfung durch das zuständige Finanzamt im Jahr 1984 nur 109.615,61 DM (1979 0,- DM, 1980 46.748,05 DM, 1981 62.867,56 DM) entsprechend der Anlage 1 zum Betriebsprüfungsbericht betreffend der

streitigen Bauvorhaben vom 31. 7. 1984), liegt schon deshalb keine Pflichtverletzung der Beklagten im Rahmen ihres Steuerberatungsmandats vor, weil diese Angaben in dem dem Steuerberater R. „zur Prüfung“ – so die Aussage des Zeugen S. – übergebenen Prospekts nur circa-Angaben waren und die Höhe der tatsächlich anerkannten Werbungskosten innerhalb der üblichen Abweichungen – ca. 110.000,- DM zu ca. 117.000,- DM – liegen und R. insoweit keine Bedenken zu haben brauchte.

Aber auch soweit die Werbungskosten nicht bereits für 1979, sondern erst ab dem Jahr 1980 vom Finanzamt steuerlich anerkannt worden sind, weil ein entsprechender Abfluß – die Kreditanträge zur Vorfinanzierung der Eigenkapitalsbeträge sind laut Betriebsprüfungsbericht erst am 1. 2. 1980 gestellt worden – in 1979 noch nicht vorlag, haften die Beklagte für einen dadurch entstandenen Steuerschaden in 1979, 1980 und 1981 nicht.

Wie der Zeuge S. ausgesagt hat, hat er sich seinerzeit Ende 1979 mit dem von seinem Klassenkameraden K. erhaltenen Prospekt an den Steuerberater R. gewandt mit der Bitte, diesen Prospekt zu prüfen. R. habe ihm gesagt, das Objekt sei gut, das könne er empfehlen. Sie müßten das aber 1979 noch schnell abschließen, damit die Werbungskosten für 1979 noch berücksichtigt werden könnten.

Damit hatte R. seine Beratungspflicht erfüllt. Er hatte ausdrücklich darauf hingewiesen, daß die notwendigen Erwerbsvoraussetzungen noch 1979 geschaffen werden mußten und damit die Klägerin hinreichend aufgeklärt. Für **die Durchführung der steuersparenden Anlage** war er nicht verantwortlich, zumal die Klägerin einmal von einem Anlageberater, zum anderen dann durch einen Notar beraten war. Er war lediglich weiter verpflichtet, auf Bedenken, die sich aus dem Prospekt ergeben konnten, hinzuweisen. Solche Bedenken bestanden aber nicht. Die Ausweisung der Werbungskosten war korrekt, wenn der Abfluß noch in 1979 erfolgte. Abweichungen unter 10% konnten unberücksichtigt bleiben. In den Baukosten waren 110.000,- DM Finanzierungskosten und Gebühren (ohne Disagio) enthalten, so daß einerseits der Werbungskostenaufwand auch realisierbar war, andererseits der Klägerin und ihrem Ehemann, dem Zeugen S., auch bewußt war, daß Gebühren sowie Notarkosten und auch Steuerberatungskosten anfallen würden. Eine weitere Überprüfung oblag dem Steuerberater R., dem nur der Prospekt zur Prüfung vorgelegt worden war, nicht, und deshalb auch kein weiterer Hinweis als der, daß die Beteiligung noch 1979 erfolgen mußte. Dieser Hinweispflicht ist er nach der Aussage des Zeugen S. nachgekommen. **Die Einzelheiten des Erwerbs und die Wahrung der Periodizität und des Abflußprinzips zu überwachen, oblag dem Steuerberater, dem nur der Prospekt zur Prüfung übergeben worden war, nicht.**

Zurückbehaltungsrecht des Steuerberaters

- Originalunterlagen des Mandanten
- Allgemeine Auftragsbedingungen der Steuerberater und Steuerbevollmächtigten
- Anmerkung

(LG Köln Urt. v. 27.10.1987 – II S 196/87, NJW 1988, 1675)

Leitsätze:

1. Dem Steuerberater steht kein Zurückbehaltungsrecht an Buchhaltungsunterlagen seines Auftraggebers zu, wenn die AGB des Steuerberaters vorsehen, daß er nach Beendigung des Auftrags die „Handakten“ an den Mandanten herausgeben muß.
2. Zur Auslegung der „Allgemeinen Auftragsbedingungen der Steuerberater und Steuerbevollmächtigten“.

Zum Sachverhalt:

Der Mandant forderte nach Kündigung des Steuerberatungsvertrages die Herausgabe der überlassenen Buchhaltungsunterlagen (Bankauszüge, Kassenbuchblätter, Wareneingangsrechnungen). Der Steuerberater berief sich auf sein Zurückbehaltungsrecht wegen offener Gebührenforderungen. Das Amtsgericht lehnte den Erlaß einer beantragten einstweiligen Verfügung auf Herausgabe der Buchhaltungsunterlagen zu treuen Händen an die Steuerberaterkammer ab. Die Berufung des Mandanten zum LG Köln war erfolgreich.

Aus den Gründen:

Der Antrag auf Herausgabe der vom Ast. geforderten Unterlagen ist begründet. Dem Ast. steht ein solches Recht auf Herausgabe seiner Unterlagen nach Beendigung des Vertragsverhältnisses zwischen ihm und dem Antragsgegner zu.

Bei den geforderten Unterlagen handelt es sich – worauf die Kammer zur Klarstellung hinweist – nicht um Dokumente, die die Arbeitsergebnisse des Ag. enthalten, sondern um die Originalunterlagen des Ast., die dieser dem Ag. zur Bearbeitung übergeben hat. Es handelt sich somit um Unterlagen i. S. von Nr. 11 III der Allg. Auftragsbedingungen des Ag., nicht hingegen um

Ergebnisse von dessen Tätigkeit. **Diese Unterlagen hat der Ag., nachdem das Vertragsverhältnis zwischen den Parteien beendet ist, herauszugeben, ohne daß er sich dabei auf ein Zurückbehaltungsrecht gegenüber dem Ast. berufen kann.** Hierbei kann die Frage, ob dem Steuerberater grundsätzlich ein gesetzliches Zurückbehaltungsrecht an Unterlagen – gegebenenfalls an welchen? – zusteht, hier offenbleiben (vgl. u. a. BGH, VersR 1980 264 [266]; OLG Düsseldorf, NJW 1977, 1201; OLG Hamburg, NJW 1983, 2455; LG Saarbrücken, Urt. v. 23.12.1986 – 17 S 563/86; OLG Düsseldorf, Urt. v. 9.10.1986 – 18 U 83/86; Keller, in MünchKomm, 2. Aufl. [1986], § 273 Rdnr. 53; Wolf, in: Soergel, BGB, 11. Aufl. [1986], § 273 Rdnr. 48; Palandt-Heinrichs, BGB 46. Aufl. § 273 Anm. 5 d; Tausend, Die Haftung des Steuerberaters gegenüber Unternehmen und Finanzamt, 1979, S. III; Brenner, BB 1984, 842; Zeiler, Betr 1987, 2136). Denn im vorliegenden Fall haben die Parteien einen **schriftlichen Vertrag über die Tätigkeit des Ag. geschlossen, dem die Allgemeinen Auftragsbedingungen der Steuerberater und Steuerbevollmächtigten zugrunde gelegt worden sind.**

.....

Somit ist allein auf das Vertragsverhältnis und dessen Abwicklung diese vertragliche Regelung anzuwenden, aus der sich ein Zurückbehaltungsrecht des Ag. nur an den „Ergebnissen der Tätigkeit“ des Steuerberaters, nicht hingegen an den vom Ast. vorgelegten Schriftstücken und Unterlagen ergibt; letztere sind vielmehr in Nr. 11 III definiert und, wie sich aus Nr. 11 II ergibt, nach Beendigung des Auftrages herauszugeben. Durch die vorstehende vertragliche Regelung, welche nach dem Willen der Parteien (§§ 133, 157 BGB) die in Rechtsprechung und Literatur streitige Frage des Bestehens und des Umfangs des gesetzlichen Zurückbehaltungsrechts (§ 273 BGB) ersichtlich abschließend anderweitig regeln sollte, **wird demzufolge der Bekl. verpflichtet, die hier in Frage stehenden Unterlagen herauszugeben.** Demzufolge trifft auch die Annahme von Zeiler (Betr 1987, 2137) nicht zu, ein vertraglicher Ausschluß des Zurückbehaltungsrechts dürfte so gut wie nie in Frage kommen.

Soweit der Ag. bei der Erörterung im Termin darauf hingewiesen hat, diese **vertragliche Regelung sei seiner Auffassung nach unklar**, so bedarf es hier keiner abschließenden Stellungnahme zu dieser Frage. Selbst wenn dies so wäre, kann eine Unklarheit in den vom Ag. verwendeten Auftragsbedingungen nicht zu Lasten des Ast. gehen. Vielmehr muß der Ag. sich eventuelle Unklarheiten selbst entgegenhalten lassen; bei Zweifeln in der Auslegung gehen diese zu seinen Lasten (§ 5 AGB-Gesetz). Diese Regelung ist angesichts der Tatsache, daß der Ag. es in der Hand hat, insoweit für klare Vertragsbedingungen zu sorgen bzw. bei seinen Verträgen entsprechend eindeutige Regelungen zugrunde zu legen, nicht unbillig.

Nicht zuletzt kann der Ag. überdies die Vertragsbeziehung insoweit gestalten, als er jeweils einen Vorschuß auf seine Forderung verlangen kann, so daß er in vergleichbaren Fällen nicht schutzlos ist.

Es besteht auch ein Verfügungsgrund. Der Ast. hat hinreichend deutlich gemacht und belegt, daß er die geforderten Unterlagen sowohl für die Steuererklärung beim Finanzamt als auch für die Abwicklung eines Brandschadens gegenüber der Versicherung benötigt. Es bedarf keiner weiteren Darlegung, daß durch nicht rechtzeitige Vorlage der Steuererklärung beim Finanzamt mit nicht unerheblichen Nachteilen gerechnet werden muß. Selbst wenn es dem Ast. gelungen sein sollte, insoweit einen Aufschub zu erreichen, ist dieser regelmäßig zeitlich begrenzt; demgegenüber ist der rechtskräftige Abschluß eines gerichtlichen Verfahrens über die Gebührenforderung des Ag. derzeit nicht abzusehen und es kann dem Ast. nicht zugemutet werden, so lange auf die Herausgabe seiner Unterlagen zu warten. Auch zur Abwicklung seines Versicherungsschadens sind die Unterlagen, wie er überzeugend dargelegt hat, erforderlich und die Dringlichkeit hinreichend dargetan.

Anmerkung:

Der BGH hat durch Urf. v. 17. 2. 1988 (GI 1988, 117 = WM 1988, 627) geklärt, daß dem Steuerberater ein Zurückbehaltungsrecht an seinen Arbeitsergebnissen zusteht. Das LG Köln hat mit der wohl überwiegenden Auffassung eine Zurückbehaltungsrecht an den Originalunterlagen des Mandanten verneint.

Stichwort- und Entscheidungsverzeichnis (Heft I – II, 1988)

Abtretung		– Prospektprüfung	88, 217
– des Steuererstattungsanspruchs	88, 50	– Prüfung des Grundstückswerts	88, 76
= geschäftsmäßige – § 46, 4 AO	88, 50		(LS)
= Vorausabtretung, § 3 AGBG	88, 94	= strafbare Handlung d. Initiators	88, 204
	(LS)		(LS)
Allgemeine Geschäftsbedingungen		= Prospektabweichung, 10% bei WK	88, 217
– Abtretung v. Erstattungsansprüchen	88, 94	= wirtschaftliche –	88, 76
	(LS)		(LS), 90
– wirksame Einbeziehung in StB-Vertrag	88, 215, 217	– Prognosen	88, 79
– Haftungshöchstsumme DM 100.000	88, 122	Antrag	
– Verjährungsfrist		– Investitionszulage	88, 155
= bei Treuhandvertrag, 1 Jahr	88, 3	Anwaltsvertrag	
Anlageberatung		– Ende des –	88, 61
– Abgrenzung zur Anlagevermittlung	88, 182	– mit ausgedientem Sozios	88, 204
	(LS)		(LS)

– Steuerhaftung	88, 54 (LS)	– Mängelbeseitigung, Recht d. StB's	88, 94 (LS)
Kostenerstattung im Regreßprozeß		– verlorener Prozeß	88, 94 (LS)
– Privatgutachten	88, 76 (LS)	– bei unvermeidbarer Steuerzahlung	88, 94 (LS)
Kündigung des Mandats		– Verschulden bei Vertragsabschluß	88, 154, 182 (LS)
– Rückgabe v. Mandantenunterlagen	88, 18 (LS)	– Zuschätzung, s. Schätzung, Schaden	
Literatur- und Rechtsprechungshinweise		Schätzung, § 162 AO	
– Dritthaftung	88, 11	– Schaden	
– Rechtsberatung d. StB/Wp	88, 24	– Darlegungs- und Beweislast	88, 31
– Schätzungsschaden	88, 33	Sozietät	
– Treuhänderhaftung	88, 44	– ausgeschiedener Sozios im Briefkopf	88, 204 (LS)
– Vertrag mit Mehrfachberuflern	88, 55	– Vertrag mit –	88, 94 (LS)
Mandantenpflichten		– Tod des Sozios/Mandatsübernahme	88, 94 (LS)
– Informationen an StB	88, 183	Steuerberater	
Mandantenunterlagen		– Konkurs des –	88, 2
– Rückgabe d.	88, 18 (LS)	Steuerberatungsgesetz	
Mandatsübernahme		– § 1 Abs. 2 Nr. 2	
– Belehrungspflicht	88, 94 (LS)	– Einrichtung der Fibu u. Lobu	88, 116 (LS)
– Ermittlungspflicht	88, 183	– § 46 Abs. 3 Nr. 2	
Mehrfachberufler		– Konkurs des StB's	88, 2
– Anwendbarkeit von Verjährungsvorschriften (§§ 51 BRAO, 68 StBerG, 51a WPO)	88, 55	Steuerberatungsvertrag	
Mitverschulden		– Dauermandat und Beratungspflichten	88, 95
– Buchfälschung	88, 206	– Investitionszulagenantrag	88, 155
– richtige Information an StB	88, 206	– Kündigung durch Mandanten	88, 174
– Prüfung d. vom StB erstellten Steuererklärung	88, 26	– mit OHG	88, 79
– d. Vertreters d. Mandanten, § 31 BGB	88, 212	– objektbezogene und persönliche Steuerberatung	88, 3
Nachbesserung		– Steuergestaltungsberatung	
– Recht d. StB's zur Nachbesserung	88, 94 (LS)	– Änderung der Pachtforderung	88, 165
Notar		– gleichwertige Gestaltungsmöglichkeiten	88, 171
– Belehrungspflichten		– Nießbrauch	88, 177 (LS)
– über Sozialbindung	88, 86	– Scheingeschäfte z. Steuervermeidung	88, 160
– Beschlagnahmeverbot, § 97, StPO	88, 189	– Vertragsänderungen	88, 160
– Verjährungsbeginn d. Amtshaftungs- anspruchs	88, 18 (LS)	– unentgeltliches Wohnrecht	88, 159
Provisionsgeschäfte		Steuererklärung	
– Herausgabepflicht der Provision	88, 60, 198 (LS)	– Anforderung d. EWV-Bescheides	88, 183
– Schadenersatzpflicht	88, 198 (LS)	– Prüfung der Auskunft d. M.	88, 183
– Verjährung des Herausgabeanspruchs	88, 60	Steuergestaltungsberatung	
Prozeßkostenhilfe		– Änderung der Pachtforderung	88, 165
– Beschwerdefrist	88, 142	– gleichwertige Gestaltungsmöglichkeiten	88, 171
Rechtsanwalt		– Nießbrauch	88, 177 (LS)
– Beratungspflichten		– Scheingeschäfte z. Steuervermeidung	88, 160
– = Kündigungsmandat und Ausgleichs- anspruch, § 89 b HGB	88, 89	– Vertragsänderungen	88, 160
– Dritthaftung	88, 9	– unentgeltliches Wohnrecht	88, 159
– Konkurrenzverbot	88, 2	Steuerhinterziehung	
– Verkehrs-/Prozeßanwalt	88, 164, 177 (LS)	– Berufspflichtverletzung	88, 116 (LS)
Rechtsberatung/Rechtsbesorgung		– ESt-Vorauszahlung	88, 116 (LS)
– Geltendmachung v. Schadenersatz- anspruch	88, 108	– USt-Voranmeldung	88, 116 (LS)
– Sanierungsverhandlungen	88, 19	Testamentsvollstrecker	
– durch Wp	88, 19	– Anlage von Nachlaßvermögen	88, 36 (LS)
Schaden		Treuhänder	
– Anwaltskosten zur Schadenabwendung	88, 32	– Abweichung von Prospektaussage	88, 41
– negatives Interesse, Kapitalanlage	88, 150, 182 (LS)	– Aufhebung der Steuerbefreiung	88, 106
		– Belehrung über steuerliche Risiken	88, 150, 182 (LS)

= einheitliche und gesonderte Gewinnfeststellung wird abgelehnt	88, 3	= Bestandskraft des Steuerbescheides	88, 143, 169
- Bonitätsgarantie statt Bankbürgschaft	88, 41	= Betriebsprüfung	88, 143, 169
- Funktionsträgergebühren		= Feststellungsklage	88, 169
= Vereinbarung erfolgsunabhängiger -	88, 198	= Fristablauf	88, 205
	(LSI)	= Grundsatz d. Schadeneinheit	88, 113
= Werthaltigkeit der -	88, 189, 198	= Provisionsannahme u. Anlageberatung	88, 110
	(LSI)	= Zahlung der Steuer	88, 144
- Haftungsausschluß f. steuerliche Folgen	88, 150	= Zustellung d. Steuerschadens	88, 122
- Haftungsbeschränkung auf grobe Fahrlässigkeit	88, 46	- bei Vertrag mit Mehrfachberufler	88, 55
- Kostendeckungslücke, Hinweispflicht	88, 46	Verjährung, § 839 BGB -	
- Mietgarantie und Bankbürgschaft	88, 198	anderweitige Ersatzmöglichkeit	88, 18
	(LSI)		(LSI)
- Pflichten des - im Bauherrenmodell	88, 55, 151, 182	- Verjährungsunterbrechung	
	(LSI), 189	= durch Mahnbescheid	88, 122
- Prüfung d. Rohbaumaßnahme u. d. Gewerke	88, 195, 198	Verschulden	
	(LSI)	- Praxis d. Finanzverwaltung	88, 153
- Schadenersatz, negatives Interesse	88, 150, 182	- gleichwertige Gestaltungsmöglichkeiten	88, 171
	(LSI)	Versicherungsschutz	
- Überwachung d. gewerbl. Zwischenmieters	88, 106	- Nachbesserungskosten	88, 137
- Verjährung des Regreßanspruchs	88, 55	- Treuhandtätigkeit	88, 66
- Versicherungsschutz	88, 46, 66	Vorteilsausgleich	
- Werthaltigkeit des Bauvorhabens	88, 189	- wegen eingetretenen Steuervorteils	88, 77
- Zahlung vor Baugenehmigung	88, 182	Wettbewerb/Mandantenschutz	
	(LSI)	- des angestellten RA	88, 11
Unerlaubte Handlung		Wiedereinsetzung	
- vorsätzliche, sittenwidrige Schädigung, § 826 BGB		- Fristenkontrolle	
= prognostische Anlageberatung	88, 81	= Rechtsmittelauftrag an Kollegen	88, 164
Verjährung, § 51 BRAO			(LSI)
- unzulässige Rechtsausübung	88, 37, 61	Wirtschaftsprüfer	
- Sekundäranspruch, Frist	88, 37	- Berufsbild	88, 22
- Verjährungsbeginn		= Sanierungsverhandlungen	88, 22
= Schadenentstehung und Mandatsende	88, 37, 61	= Treuhandtätigkeit	88, 55
Verjährung, § 68 StBerG (§ 51a WPO)		- Rechtsberatung	88, 22
- Herausgabeanspruch	88, 204	Zurückbehaltungsrecht	
	(LSI)	- an Arbeitspapieren	88, 117
- Kenntnis des Fehlers u. d. Schadens	88, 145	- Beweislast	88, 117
- Verjährungsbeginn		- Darlegung d. Schriftstücke	88, 174
= Anlageberatung	88, 110	- an DATEV-Daten	88, 174
= Aufgabe d. steuerbegünstigten Zwecks	88, 204	- Grundsatzurteil	88, 117
	(LSI)	- an Hauptabschlußübersicht u. Umbuchungsliste	88, 117
		- Herausgabepflicht, s. d.	
		- an Originalunterlagen d. Mandanten	88, 220

BGH v. 19.6.1986 - VII ZR 25/85	88, 182	BGH v. 5.11.1987 - IX ZR 86/86	88, 36
= WM 1986, 1320	(LSI)	= EWiR § 19 BNotO 1/88, 155 (Reithmann)	(LSI)
BGH v. 3.12.1986 - IVa ZR 90/85	88, 36	= EWiR § 675 BGB 3/88, 349 (Borgmann)	
= ZIP 1987, 922	(LSI)	= WM 88, 342	
BGH v. 18.2.1987 - IVa ZR 232/85	88, 76	BGH v. 19.11.1987 - VII ZR 39/87	88, 55
= VersR 1988, 178 = GmbHR 1987, 463	(LSI)	BGH v. 25.11.1987 - IVa ZR 162/86	88, 95
= EWiR § 64 GmbHG 2/87 (Welf Müller)		= StB 1988, 166	
BGH v. 2.7.1987 - IX ZR 94/86	88, 94	BGH v. 26.11.1987 - IX ZR 162/86	88, 18
BGH v. 1.10.1987 - IX ZR 117/86	88, 100	= WM 1986, 166	(LSI)
BGH v. 1.10.1987 - IX ZR 202/86	88, 37	= WuB IV A. § 675 BGB 2.88 Sturmhoebel	
= WM 1988, 127		BGH v. 2.12.1987 - IVa ZB 17/87	88, 177
BGH v. 7.10.1987 - IVa ZR 67/87	88, 79		(LSI)
= StB 1988, 16 = WM 1987, 1557		BGH v. 9.12.1987 - IVa ZR 204/86	88, 77
BGH v. 4.11.1987 - IVa ZR 158/86	88, 19	= WM 1988, 220	
= WM 88, 26 = ZIP 88, 40		= WuB IV A. § 675 BGB 3.88 Sturmhoebel	
= EWiR Art. 1 § 5 RBerG 1/88, 185 (Chemnitz)		BGH v. 17.12.1987 - IX ZR 41/86	88, 164
= AnwBl. 1988, 490 m. Anm. Chemnitz			(LSI)
= JZ 1988, 556 m. Anm. Zuck		BGH v. 4.2.1988 - IX ZR 20/87	88, 94
		= WM 1988, 457 = ZIP 1988, 315	

BGH v. 17.2.1988 – IVa ZR 262/86 = StB 1988, 232 = DSIR 1988, 508 BGH v. 25.2.1988 – VII ZR 152/87	88, 117 88, 182 (LS)	LG Arnsberg v. 2.5.1988 – 5 S 260/87 LG Aschaffenburg v. 23.9.1987 – 3 O 474/86 LG Berlin v. 2.12.1987 – 30 O 214/87 LG Darmstadt v. 9.9.1987 – 8 O 207/87 LG Detmold v. 4.12.1987 – 1 O 287/87 LG Detmold v. 25.2.1988 – 3 O 215/87 LG Düsseldorf v. 22.10.1987 – 14 O 119/87 LG Düsseldorf v. 21.12.1987 – 1 O 132/87 = STEUER-TELEX 1016 LG Duisburg v. 29.7.1988 – 3 O 534/87 LG Heidelberg v. 13.11.1987 – 5 O 60/86 LG Köln v. 27.10.1987 – 11 S 196/87 = NJW-RR 1988, 1675 LG Köln v. 5.1.1988 – 22 O 28/87 LG Köln v. 11.1.1988 – 20 O 246/87 LG Köln v. 20.7.1988 – 24 O 608/87 (LS) LG Mannheim v. 16.6.1988 – 5 O 14/88 LG Oldenburg v. 21.8.1987 – 6 O 2008/86 LG Oldenburg v. 20.5.1988 – 6 O 570/88 LG Paderborn v. 14.4.1988 – 3 O 40/88 LG Stuttgart v. 14.9.1987 – 10 Qs 53/87 = wistra 1988, 40 LG Stuttgart v. 21.4.1988 – 8 Qs 28/88 = wistra 1988, 245 LG Traunstein v. 5.7.1988 – 2 O 2482/87 (LS) LG Wuppertal v. 13.10.1987 – 5 O 171/86 = STEUER-TELEX 3018 AG Bad Neuenahr-Ahrweiler v. 25.11.1987 – 3 C 127/87 AG München v. 21.5.1987 – 3 C 5040/87 = STEUER-TELEX 4422 BFH v. 24.3.1987 – X R 9/80 BFH v. 1.7.1987 – II B 59/87 = BFH NV 1988 I 49 BFH v. 26.8.1987 – I R 144/86 = STEUER-TELEX 0314 = LEXinform 0081061 BFH v. 17.9.1987 – VII R 168/84 = BFH NV 1988, 9 BFH v. 17.11.1987 – VII R 120/86 = Steuer-Telex 132 = LEXinform 0081033 BFH v. 12.1.1988 – VII R 60/86 = Steuer-Telex 119 = LEXinform 0081292 FG Baden-Württemberg v. 4.11.1987 – V K 433/83 FG Berlin v. 24.3.1987 – VII 100/86 = EFG 1987, 594 OVG Münster Beschl. v. 21.2.1987 – XI B 43/87 = AnwBl. 1988, 172 (LS)	88, 155 88, 165 88, 157 88, 9 88, 54 (LS) 88, 90 88, 31 88, 76 (LS) 88, 204 (LS) 88, 46 88, 219 88, 110 88, 106 88, 204 (LS) 88, 169 88, 195 88, 159 88, 171 88, 63 88, 196 88, 198 (LS) 88, 198 (LS) 88, 174 88, 198 (LS) 88, 15 88, 2 88, 142 88, 142 88, 15 88, 2 88, 116 (LS) 88, 18 (LS) 88, 142 88, 94 (LS)
BGH v. 10.3.1988 – III ZR 195/86 = WM 1988, 986 BGH v. 11.3.1988 – V R 49/86 = Steuer-Telex 2019 = LEXinform 81467 BGH v. 24.3.1988 – IX ZR 114/87 = WM 1988, 987 = WuB IV A § 675 5.88 Huff OLG Bremen v. 10.11.1987 – 1 U 56/87 OLG Celle v. 13.6.1986 – 44 StL 24/85 OLG Celle v. 15.4.1987 – 3 U 16/87 OLG Düsseldorf, 13.6.1985 – 8 U 212/84 = RBeistand 1987, 42 OLG Düsseldorf v. 26.11.1987 – 18 U 97/87 OLG Düsseldorf v. 10.3.1988 – 18 U 174/87 OLG Düsseldorf v. 10.3.1988 – 18 U 199/87 OLG Düsseldorf v. 28.4.1988 – 18 U 1/88 OLG Düsseldorf v. 5.5.1988 – 18 U 289/87 OLG Düsseldorf v. 9.6.1988 – 18 U 285/87 (LS) OLG Düsseldorf v. 14.7.1988 – 18 U 32/88 OLG Frankfurt v. 5.11.1987 – 13 U 186/85 = NJW/RR 1988, 124 OLG Frankfurt v. 27.1.1988 – 21 U 201/86 = WM 1988, 632 = NJW RR 1988, 618 OLG Hamburg v. 6.5.1988 – 8 U 171/84 OLG Hamm v. 25.2.1987 – 28 W 4/87 OLG Hamm v. 4.6.1986 – 25 U 61/85 = StB 1987, 211 OLG Hamm v. 16.9.1987 – 27 W 38/87 (LS) OLG Hamm v. 18.3.1988 – 25 U 103/87 OLG Hamm v. 1.6.1988 – 25 U 256/86 OLG Hamm v. 22.6.1988 – 25 U 174/87 OLG Karlsruhe v. 5.2.1988 – 15 U 246/85 = KaRS 1988, 125 OLG Koblenz v. 11.6.1987 – 1 Ss 198/87 (LS) OLG Köln v. 16.10.1987 – 20 U 24/87 OLG Köln v. 16.10.1987 – 11 U 180/87 OLG Köln v. 6.11.1987 – 6 U 205/86 OLG Köln v. 9.3.1988 – 2 U 67/87 OLG München v. 30.1.1987 – 21 U 3798/86 OLG München v. 14.1.1988 – 19 U 4495/85 = STEUER-TELEX 3318 OLG Oldenburg v. 1.12.1986 – 13 U 126/85 = WM 1987, 169 OLG Oldenburg v. 27.4.1987 – 3 U 119/86 OLG Oldenburg v. 7.5.1987 – 1 U 211/86 OLG Stuttgart v. 10.3.1987 – 10 U 7/86 = NJW/RR 1988, 276 OLG Stuttgart v. 21.5.1987 – Ss 221/87 = StB 1988, 21 OLG Stuttgart v. 27.5.1987 – 8 W 134/87 = StB 1988, 20 EG Hamburg v. 4.2.1986 – III 12/85 EV 73/83 = BRAK-Mitt 1987, 100 (LS)	88, 164 (LS) 88, 164 (LS) 88, 86 88, 18 (LS) 88, 143 88, 2 88, 29 88, 83 88, 205 88, 183 88, 146 88, 177 (LS) 88, 184 88, 54 (LS) 88, 150 88, 206 88, 61 88, 94 (LS) 88, 54 (LS) 88, 136 88, 217 88, 215 88, 189 88, 116 (LS) 88, 3 88, 2 88, 41 88, 128 88, 66 88, 60 204 (LS) 88, 182 (LS) 88, 89 88, 122 88, 182 (LS) 88, 116 (LS) 88, 76 (LS) 88, 116 (LS)		

© Gerling-Konzern
Vertriebs-Aktiengesellschaft
Abteilung Presse und Information
Gereonshof, 5000 Köln 1
Telefon: (02 21) 144-7298

Verantwortlich für den Inhalt:
Rechtsanwalt Dr. Jürgen Gräfe,
Fachanwalt für Steuerrecht

Nachdruck nur mit vorheriger
schriftlicher Zustimmung.